

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

256 (3.11.1919)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgabe 1.80 M. durch unsere Träger zugestellt 1.70 M. am Postalter 1.75 M. durch den Kolporteur zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der Dreifache Betrag

Ausgabe: Dienstag mittags; Geschäftszeit: 10-12 und 2-4 Uhr abends. Fernspr. 401. Poststelle Nr. 125, Redaktion Nr. 431

Anzeigen: Die 7. u. 8. Kolonelle oder deren Raum 90 A, Namen I. - M. täglich 80 % Feuerungsbeitrag; Fotoanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Vorm. für große Aufträge nach dem zuvor.

Die deutsche Verkehrs-katastrophe.

Vom 5.—15. November Einstellung des Personenverkehrs.

Berlin, 2. Nov. Verordnung betr. Einstellung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen. Mit Rücksicht auf die Transportverhältnisse und die Verbesserung der Kohlen- und Holzversorgung ist in Übereinstimmung mit den Eisenbahnverwaltungen der Länder angeordnet worden was folgt: In der Zeit vom 5. bis 15. November einschließlich ist auf sämtlichen, dem öffentlichen Verkehr dienenden vollspurigen Haupt- und Nebenbahnen der Verkehr einzustellen. Ausnahmen sind nur zugelassen zur Fortsetzung des unbedingt notwendigen Arbeiterverkehrs und des Besorgerverkehrs der Grenzstädte. Nach dem 15. November 1919 dürfen auf den zu 1. bezüglichen Bahnen bis auf weiteres für den Personenverkehr nur die im Interesse der Einhaltung des Wirtschaftens unbedingt notwendigen Züge gefahren werden. Das Reichsverkehrsministerium hat die Durchführung dieser Verordnung zu überwachen.

Die Kohlenausfuhr aus dem Saargebiet verboten.

Saarbrücken, 2. Nov. Die Kohlenausfuhr aus dem Saargebiet nach Deutschland, den neutralen und alliierten Ländern wurde vorläufig eingestellt. Die französische Behörde forderte die Bergarbeiter zu Überstunden auf und will auch durch Verdoppelung der Kohlenzüge die Zufuhr aus dem Saargebiet nach Frankreich vermehren.

Amerika verbietet die Kohlenausfuhr.

Amsterdam, 2. Nov. Telegramm meldet aus Washington, daß Amerika die Kohlenausfuhr verbieten habe.

Weitere Zerreißungen der Arbeiterbewegung.

Berlin, 2. Nov. Ein Nationalverband deutscher Gewerkschaften, die von deutschen Arbeiterbund (Beitragung, Industrie, Bergarbeiter und andere), dem deutschen Landarbeiterbund, dem Bund der Bäcker und Konditoreiessen und dem Zentralverband feinemännlicher Berufsvereine gebildet worden. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin.

Zusammenstöße im Ostfront.

Berlin, 2. Nov. Wegen des Zusammenstoßes zwischen litauischen und neutralen Truppen, wobei sechs reichsdeutsche Soldaten von litauischen Soldaten getötet wurden, sind bei der litauischen Regierung Vorstellungen erhoben und ein energisches Einschreiten gegen die Schuldigen gefordert worden.

Gegen die baltischen Werbestürze.

Berlin, 2. Nov. Zur Bekämpfung der baltischen Werbestürze wurde auf Befehl des Reichswehrministers Roske eine besondere Polizeitruppe geschaffen mit dem Auftrage, Werber festzunehmen und Werbestürze auszuheben.

Wels über die deutsch-österreichische Vereinigung.

Wien, 1. Nov. Auf dem soj. Parteitag erklärte Wels, der Führer der deutschen Mehrheitssozialisten, in einer Begrüßungsrede, daß die deutsche Partei die österreichischen Sozialdemokraten als ein Volk von sich selbst betrachteten. Der Friede dränge die deutschen Völker auseinander in einer Zeit, wo die kleinen geschichtslosen Nationen ihre Ansprüche auf nationale Einheit verweigern hätten. Er sprach den Wunsch aus, daß die Tätigkeit der österreichischen Partei befruchtend auf die Einigkeit der Deutschen wirken möge.

Versuche zur monarchischen Erhebung in Österreich.

Wien, 2. Nov. Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht den Wortlaut der von Friedrich Adler auf dem sozialistischen Parteitag erwähnten Maßnahmen für eine monarchische Erhebung. Sie gehen von einem sogenannten freiwilligen Schutzbund aus. Die Aktion sollte auf die geheimen Lösung „Gedenktag“ einwirken. Die Unternehmung ist sofort eingeleitet worden. Die Volkswacht in Wien hat in Massenversammlungen gegen diesen Plan Stellung genommen.

Die Belgier sollen in Deutschland kaufen.

Amsterdam, 2. Nov. Der „Telegraaf“ meldet aus Brüssel: Das Ministerium für den Wiederaufbau hat in einer öffentlichen Mitteilung die Aufmerksamkeit der Bewohner der vertriebenen Gebiete auf die Vorteile aufmerksam gemacht, die ihnen daraus erwachsen, wenn sie die Artikel, die die französische Industrie unermesslich nicht liefern kann, in Deutschland kaufen. Für Einkäufe in Deutschland ist jetzt keine besondere Erlaubnis mehr nötig. Die belgische Regierung hat in Brüssel ein Informationsbüro für belgische Käufer eingerichtet.

Militärisches Abkommen zwischen Frankreich, Belgien und Holland.

Amsterdam, 2. Nov. Der Brüsseler Korrespondent des „Daily Telegraph“ hat in gutunterstützten Kreisen die Behauptung der Meldung erhalten, daß Frankreich und England für das Zustandekommen von Abkommen militärischer Art zwischen Frankreich, Belgien und den Niederlanden eintreten.

Ein großer Pump Polens.

Warschau, 2. Nov. Nach dem polnischen Pressebüro sind zwei Vertreter eines großen amerikanischen Bankhauses in Warschau eingetroffen, um die Verhandlungen über die polnische Anleihe von 200 Millionen Dollars fortzusetzen.

Ungarischer Aufruhr gegen die Tschechen.

Budapest, 2. Nov. In den Komitaten Ung und Berog mischen die Bevölkerung einen Aufstand gegen die Tschechen. Die ehemaligen Infanterieregimenter 66 und 72 mußten von tschecho-slowakischen Legionären entwaflnet werden.

Kurt Eisners Bekenntnis zur Pflichterfüllung im Krieg.

In der Münchener Zeitschrift „Der Arbeiter“ wird ein Privatbrief veröffentlicht, den der ermordete bayerische Ministerpräsident und Führer der Unabhängigen Kurt Eisner, im Februar 1915 an Wolfgang Heine geschrieben hat. Ueber die Bewilligung der Kriegskredite äußerte sich Eisner wie folgt:

„Ich stehe auf dem Standpunkt der Erklärung der Partei vom 4. August. Ich bin der erste in der Partei gewesen, der vor dem Antrage als Redner in der Münchener Parteiversammlung unsere Haltung genau so präziserte, wie sie in jener Erklärung zum Ausdruck kam. Der Krieg war für mich eine Katastrophe, in der niemand neutral sein kann; irgendwas müssen wir kämpfen, und da wir nun einmal dem Deutschen Reich angehören, ist hier unser Platz. Wir haben unsere Pflicht zu tun — unabhängig von jeder Stimmung und Einsicht — und uns unserer Haut zu wehren. Das war auch der Gehalt der Erklärung vom 4. August. Die entscheidende Frage ist die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie, das Vaterland zu verteidigen und die Abrechnung der Verantwortlichen.“

Also Eisner trat dafür ein, daß wir mitkämpfen und auch die Mittel für den Krieg bewilligen. Er war aber dagegen, daß wir irgendwelche Verantwortlichkeit übernehmen. Das haben wir auch gar nicht getan. Eisner gilt bei den Unabhängigen und sonstigen Radikalen als eine revolutionäre Autorität. Was sagen die Herrschaften nun zu diesem Bekenntnis des Ermordeten?

Deutschland und die Weltblockade gegen Rußland.

Auf die auch an Deutschland ergangene Einladung, sich an der Weltblockade gegen Rußland zu beteiligen, hat die deutsche Regierung durch eine Note geantwortet, in der es u. a. heißt:

Die deutsche Regierung hat ständig durch Wort und Tat bewiesen, daß sie sich der schweren Aufgabe voll bewußt ist, die eine Ausbreitung des Bolschewismus für die Kultur und das Wohlbefinden aller Völker bedeutet. Die deutsche Regierung hat selbst im eigenen Lande eine nicht unerhebliche kommunistische Bewegung erlebt und mit Erfolg bekämpft. Sie war daher in der Lage, über die Ursachen und die Verbreitung der bolschewistischen Strömungen Erfahrungen zu sammeln, auf Grund deren sie es für ihre Pflicht hält, darauf hinzuwirken, daß ihr die von den a. u. n. Regierungen vorgeschlagenen Maßnahmen gegen das bolschewistische Rußland den gewollten Zweck nicht zu entsprechen scheinen.

Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren die Wirkungen der Hungerblockade in ihrer ganzen Furchbarkeit gespürt. Es weiß, daß unter ihr in erster Linie Kinder und Greise, Frauen und Kranke, also an der Kriegsführung völlig Unbeteiligte, in grauenvoller Weise gelitten haben. Es weiß auch, daß die Blockade auf die geistige Verfassung der Bevölkerung in erschreckendem Maße gewirkt und die anarchistischen Bewegungen nur gefördert hat, statt sie zu hemmen. Es steht zu befürchten, daß sich diese Erfahrungen in Rußland wiederholen dürften. Zwangsmaßnahmen von außen gelten in Rußland immer als Werkzeuge der Reaktion, die von den demokratischen Elementen Rußlands befeuert sind. Die demokratischen Kräfte, die stärksten Elemente im Kampfe gegen den Bolschewismus, von ihrem Ziele abgelenkt und getäuscht. Nur von der Wiederherstellung des für den baltischen Wiederaufbau Europas so notwendigen Kontakts mit den anderen Völkern läßt sich eine Ausheilung des politischen Lebens in Rußland an die europäischen Demokratien erhoffen. Hinzu kommt, daß sowohl nach den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen, als auch im besonderen nach den Bestimmungen des Antikriegs-Bündnisses im vorliegenden Falle die Voraussetzungen für die Verhängung einer wirtschaftlichen Blockade nicht gegeben sein dürften.

Aus allen diesen Gründen hält die deutsche Regierung nach wie vor die von ihr vertretene Politik der Nichtbeteiligung in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht nur für grundsätzlich berechtigt, sondern auch tatsächlich für zweckentsprechend.

Die deutsche Regierung ist bereit, sich an einer Aussprache über die in Betracht kommenden Fragen, deren weltwirtschaftliche Bedeutung sie gebührend wertet, zu beteiligen. Sie wird sich allen ihr trendmäßig zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen, die das gemeinsame Ziel des Kampfes gegen den Bolschewismus erreichen helfen, gerne anschließen.

Augias beschwert sich.

Die Sage vom Augiasfall kennt man allgemein, auch wenn man sonst in griechischer Mythologie nicht bewandert ist. Der ungeschickte Herr Augias hatte in seinem Hiesensall unzählige Ochsen und Rinder, viele, viele Jahre lang stehen lassen und den Stall niemals geäubert. Herkules häuete sich der Mühe und unter den zwölf Prüfungsarbeiten, die dem Hercules auferlegt wurden, ehe er in den Götterhimmel Aufnahme fand, war eine der schwierigsten die Säuberung des Augiasstalles. Sie gelang bekanntlich dadurch, daß Herkules einen ganzen Strom so ableitete, daß er durch diesen Stall fließen mußte. Aber in dieser überlieferten Form ist die griechische Sage offenbar unvollständig. Nach neueren Forschungen muß man annehmen, daß während Herkules diesen Hiesensall ausmühte, Augias dabei stand und sich beschwerte, daß es so lange dauerte. Klage darüber führte, daß noch immer ein solcher Schmutz in seinem Stalle sei.

Diese Geschichte hat sich heute wenigstens wieder so jugendgetragen, als der mecklenburgische Zalmijunker von Graefe unseren Genossen Roske und die jetzige Reichswehr angriff. Graefe hatte sich die schwere Aufgabe gesetzt, Lubendorff an Demagogie zu übertrumpfen und hat ihn konferenzlos geschlagen. Lubendorffs Niederlage gegen Hoch ist gar nichts im Vergleich zu der souveränen Meisterschaft, mit der Graefe die Kritik Lubendorffs an der Reichswehr aus dem Felde schlug. Nach Graefe ist ein Hauptmann der Reichswehr schlechter bezahlt als ein Berliner Müllkutscher. Die Reichswehr hungert bei jämmerlicher Ernährung und Roske verweigert ihr brutal die Mittel, sich etwas dazu zu kaufen. Denn dieser Roske ist ein Kerl ohne Mut und ohne Energie, ein Achselträger und Mantelkriecher; vor Offizieren spricht er beinahe monarchisch und vor Sozialdemokraten reißt er die Offiziere nach Strich und Faden herunter. Sein Major v. Giffa ist übrigens nicht besser; auf Karriereleiter ist er heimlich Sozialdemokrat geworden und läßt sich nur noch Genosse nennen. Gestützt auf die Reichswehr, die er heimlich verachtet, führt Roske ein brutales Schreckensregiment gegen die deutschnationale Minderheit, schlägt die Pressefreiheit der Konservativen tot und brutalisiert in ständiger Parteilichkeit die harmlose und wahrhaft vaterländische Opposition. Das herrliche deutsche Volkstheater von einst hat Roske von hinten erdolchen helfen, jahrelang hat er Unordnung und Auflösung gepredigt und jetzt ist er ein kleiner sozialdemokratischer Parteikrämer, schäme er als Lebedour, Dümmig und Richard Müller.

Es gibt ein Maß von Verbreitung der Wahrheit, demgegenüber man ziemlich wehrlos ist. Wir haben das oft gegenüber Schimpfhelden mit ultrarevolutionärem Anstrich empfunden. Wenn einer lobt, Roske und Ebert badeten häufig im Blut und würden dafür von der Bourgeoisie mit Millionen gemästet, sie seien stets Feinde des Volkes und Freunde der Hohenzollern gewesen und arbeiteten auch jetzt nur für deren Wiederkehr, so ist man gegenüber der Fülle der Lügen in Verlegenheit, wo man mit der Aufklärung anfangen soll. Die Verlogenheit des Zalmijunkers Graefe ist so unendlich groß, daß man Stunden der Rede oder ungezählte Spalten der Zeitung brauchte, um nur den ärgsten Schwänbel zurückzuweisen.

Unter dem alten Regime hat man die Soldaten bei 33 Pfg. Rationierung mäßig gehalten und jedes Eintreten der Sozialdemokraten für die Soldaten köhnlich abgewiesen. Herr Graefe, der adlige Offizier, findet das noch heute richtig. Das alte preussische Heer wäre eine so stützende Säule gewesen, daß die Soldaten eigentlich noch hätten Schulgeld draufzahlen müssen. Trotz dieses stützenden Heeres hat eine gewissenlose, die ganze Welt herausfordernde und das eigene Volk unerschrocken beläuernde Junkerpartei Deutschland ins Verderben gestürzt. Vollständig besiegt haben wir unter das demütigende Joch der Entente kriechen müssen. Vertrollte Länder beraubt, müssen wir ungezählte Milliarden alljährlich den Feinden zahlen. Das starke Enten der Junker um Graefe hat durch Verweigerung aller Reformen den Keßel des Volkswutens zur Explosion gebracht, die Revolution herausbeschworen. Nun wundert sich Deutschlands Unglück, diese etliche Junkertypen, daß die Soldaten nur so umherkriechen.

Ein Trümmerfeld überkam die Sozialdemokratie, als sie die Regierung antrat. Während Lubendorff auctori und Graefe sich verdeckte, schuf Roske allmählich wieder etwas Ordnung. Bewachte Roske die Schlangengrube der hochwürdigen Offiziersjunkere, damit das empörte Volk sie sämtlich in den ersten acht Tagen nach der Revolution tötete. Was ohne die Sozialdemokratie unfehlbar geschehen wäre. Wer ehrlich helfen wollte, in der Republik einige Ordnung zu schaffen, war willkommen. Niemand wurde nach seiner Gesinnung, niemand nach Herkunft und Vergangenheit gefragt, wenn er nur ehrlich der republikanischen Ordnung dienen wollte. Viele taten es, und Roske hat ihnen ehrlichen Dank gesagt und wieder die Treue gehalten.

Aber eine Anzahl Offiziere begannen alsbald nach der Niederwerfung des ersten Schreckens gegen die Republik zu intrigieren und die Reichswehr zu ihren deutschnationalen Aktionsplänen anzunutzen. Dieser Versuch wäre gescheitert.

schafft zeigt Koske die harte Faust, und weite Partikreise sind sogar überzogen, daß er gegen sie noch nicht einmal rasch und energisch genug durchgreift.

Wirtschaftlich befindet sich Deutschland noch in einer fortwährenden Ummwälzung. Zwischen Löhnen und Preisen hat noch keinerlei Ausgleich stattgefunden.

Der Gipfelpunkt der Demagogie aber ist es, für all die Räte der Zeit, die verschuldet sind von den Junkern, die Regierung und Koske verantwortlich zu machen.

Der U-Bootkrieg als Deutschlands Verhängnis.

Wuch der frühere württembergische Ministerpräsident von Weizsäcker bezweifelt Erinnerungen an die Vorgänge während des Krieges. Er erzählt u. a.:

Am 17. Dezember 1916 deutete mir der Kaiser an, daß die Unterseebootsfrage wieder spiele. Sofort rebete ich den anwesenden Chef des Marinekabinetts an und sagte, ich habe Sorge, es komme schließlich zum rücksichtslosen (uneingeschränkten) Unterseebootskrieg, ich habe aber vor dem Krieg mit Amerika eine abergläubische Sorge.

In Dezember 1918 „garantierte“ Herr v. Müller, Am 9. Januar 1917 fiel die endgültige Entscheidung in Reich. Den Wilsonschen Vermittlungsbestrebungen zum Trotz.

Wiederum machte sich der unheilvolle Gegensatz im deutschen Lager geltend. Die militärische Seite war zum Vorgehen fest entschlossen. Die Leitung der auswärtigen Politik, nicht bloß von der militärischen Seite, sondern auch von der großen Mehrheit der Volksoberleitung und der öffentlichen Meinung in Deutschland gedrückt, war unsicher geworden.

Herr v. Weizsäcker gibt dann einen Bericht über seine Ausführungen im Ausschuss des Bundesrats. Seine Argumente gipfeln in dem Urteil: „Meine Bedenken sehen wie früher dahin, daß das Risiko eines Babanauzweigs zu groß sei, wenn man mit einer so hohen Wahrscheinlichkeit auf den Bruch mit Amerika rechnen, wie es die Reichsleitung tut.“

„Noch einmal, am 12. Februar, wandte ich mich als „Querschnitt“ mit der brieflichen Frage an den Reichskanzler: Gibt es nicht noch eine letzte Gelegenheit, irgend eine letzte Möglichkeit, den Krieg mit Amerika zu vermeiden? Herr v. Bethmann ann antwortete, seine Erwartungen über die Erstgese des Unterseebootskrieges seien übertrieben, seine Zuversicht in stetigem Steigen und damit seine Überzeugung, daß wir gar nicht anders handeln könnten.“

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

113

Kadbrud verboten.

Aber Valentin zuckte nur die Achseln ohne ein Wort. Das war ihm ganz gleichgültig; seine Gedanken waren bei Stasia. Ob sie jetzt wohl hinten in der Küche saß und tropte, oder ob sie sich in der Schlafkammer eingeschlossen hatte, wie sie schon manchmal getan hatte, um ihm erst nach vielem Pochen und Rufem und Bitten zu öffnen? Nun, heute würde er nicht pochen. Nein, er wollte sie nicht mehr sehen!

Er verlieh nicht die Schenkstube. Nur für kurze Minuten hatte ihn die Magd aufgeführt, jetzt sah er wieder hinterm Tisch auf der Bank, die Ellbogen aufgestemmt, die Hände gegen die Stirn gedrückt. Für Michalina, die sich um ihn herum zu schaffen machte, hatte er keinen Blick. Er hörte nicht ihren geschäftigen Tritt, auch nicht ihr jammiges: „Helfe dir Gott!“ — er hörte immer nur:

„Ich jähle dich zu dir, mein Viebchen, ganz jähle mich, Ich höre, ach leider, mein Viebchen belacht mich!“

So sah er auch noch ganz verjunken, als zwei Anstebler kamen: Der Schwabe hinten aus der Kolonne und der Amerikaner, der Erbauer der seltsamen Scheune, die rund war wie ein Zirkus.

Diese beiden hatten sich pünktlich eingefunden, aber die andern zögerlen. Wertwundert gingen die Pünktlichen vor die Tür: kamen denn die andern noch nicht hatten sie denn nicht auch gelesen, wie sie es gelesen hatten: „Deutsche Männer, kommt alle?“!

Rangsam kamen endlich welche an, einer nach dem andern, vereinzelt wie Tropfen, die schwer fielen.

Aber der junge Wirt schlich jetzt aus der Schenkstube, denn Michalina hatte ihm „Bl!“ gemacht und ihn herausgewinkt in den Flur. Dort stand sie ganz zerföhrt.

„Is sich Brauden nich mehr dal?“ stieß sie heraus und ättertete. „Is sich Stasia fortgemacht. Türe von Schlafkammer steht sich auf, seh ich hinein, stehn sich Schrank und Kommode auch auf. Liegt sich vieles an Erde, und Kleider, Semden, Strümpfe von Brauden zusammengepackt in Lade, wo sie mitgebracht. Und wie ich noch sehe,

Herr v. Weizsäcker spricht mit den Worten: „Daß die politische Führung in der Frage den Härteren zög. ist nach meiner Überzeugung wesentlich das Ergebnis der langen Gegenpropaganda gewesen.“

Die neuesten Forderungen der Entente.

Im Anschluß an die Beratung der Großmächte in Paris teilen die französischen Zeitungen mit, daß ein Protokoll aufgesetzt wurde, das der Regierung des Deutschen Reiches zur Unterzeichnung unterbreitet werden soll und bestimmt ist, zu verhindern, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes, die noch nicht erfüllt sein sollen, durch das Inkrafttreten des Friedensvertrages hinfällig werden. In dem Protokoll soll Deutschland anerkennen

- 1. daß es eine Kompensation schulde für die vor Scapa Flow versenkten Schiffe.
2. daß ein Teil des im Waffenstillstand festgesetzten Eisenbahnmateriale nicht abgeliefert worden sei.
3. daß Deutschland nicht die vollständige Zahl der Handelsfahrzeuge ausgeliefert habe, besonders die vorgeschriebenen Zisternenboote.
4. daß Deutschland Fahrzeuge an neutrale Mächte verkauft habe und
5. daß es sich geweigert hat, die Lizenzen derjenigen Züge und Werte abzuliefern, die die deutschen Truppen aus dem besetzten Frankreich und Belgien mitgenommen hatten.

Die Torheit der Erdrosselungspolitik.

Die norwegische „Handels- und Seefahrtszeitung“, die stark orientiert ist, richtet folgende Mahnung an die Entente:

Was man auch von den Deutschen, Oesterreichern, Bulgaren und Türken denken mag, eins ist sicher: Als Kunden sind sie notwendig, sonst kann der Handel sich nicht ausbreiten. Aber damit sie Käufer werden können, müssen sie produzieren können und ihren Kredit bekommen. Es liegt im Interesse aller Staaten, daß jeder einzelne wieder zu Ordnung, Arbeit und Wohlstand kommt. Kein Fehler kann größer sein als der, daß man an der Armut anderer reich wird.

Die Spar- und Prämienanleihe.

Im Reichsfinanzministerium fand dieser Tage eine Versammlung zur Gründung eines Ausschusses zur Förderung der deutschen Sparprämienanleihe statt. Reichsfinanzminister Erzberger führte u. a. folgendes aus:

Wir gehen jetzt einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum Wiederaufbau unserer Finanzen, und dieser Schritt wird von maßgebender Bedeutung sein für die Wege, die wir in Zukunft einzuschlagen haben. Es kam darauf an, einen den jetzigen Zeitverhältnissen angemessenen Weg zu gehen und keines der bisherigen Systeme anzuwenden, sondern wir sind zu einem vollständig neuen Typ übergegangen. Die geistreiche Konstruktion unterscheidet sich von den früheren Prämienanleihen dadurch, daß sie nicht nur den Spieltrieb ausnützt, sondern auch den Spargelanken in den Vordergrund stellt; indem der Erwerber der Anleihe veranlaßt wird, zu sparen, wird sowohl für ihn wie für den Staat eine erfreuliche Wirkung erzielt. Wonniglich die Gewinne recht verlockend gestaltet sind, so ist doch immer zu bedenken, daß auch die 10 Millionen Hauptgewinne im Jahre nicht mehr als 18 Tausendstel gleich 0,18 Prozent des Anleihebetrages ausmachen. Die Gewinne insgesamt erfordern nicht mehr

kommt sich Stasia von Küche her, sagt, soll ich ihr schicken Sachen feine morgen. Geht sie zu ihre Eltern, kommt mich mehr zurück. Is sie zu weh gekommen von ihrem Mann. Do weh, o weh! Jammern rang das Mädchen die Hände.

Stasia fort — zu ihren Eltern — kommt nicht mehr wieder — zu schwer gekränkt? „Stasia, Stasia!“ Valentin schrie laut auf und tammelte zurück, wie einer, der einen Stieb bekommen; die Magd stülzte ihn.

Tränen liefen Michalina übers Gesicht, aber unter den Tränen lächelte sie ihn tröstend an: „Wird sich schon wiederkommen wird sich schon wiederkommen Brauden, bin ich gewiß, kommt sich morgen. Man muß nicht ängstigen sich, er muß nicht ängstigen sich! Wer könnte verlassen ihn, den Valentin?“

Valentin sagte kein Wort darauf, stumm ging er in die Kammer und riegelte hinter sich zu. Michalina aber mußte in der Wirtschaft laufen, dort verlangten die Leute Bier.

Man viele waren nicht gekommen, mancher fehlte. Auch Peter Bräuer war nicht da. Dolechal, dessen Blick die Versammlung überflog, vernichtete ihn gleich. Warum blieb der Mann fern? Wie gern hätte er dessen breite Schultern die andern überragen gesehen! War es möglich, „Alte Bräuer so kleinlich sein, weil er sich einmal über ihn persönlich geärgert hatte, darum auch sein Deutschstum zu verbergen, darum nicht die Versammlung zu besuchen?“

Das war eine Enttäuschung. Es war auch ferner eine Enttäuschung, daß nicht alle andern gekommen waren. Dolechal hatte erwartet, daß kein einziger Anstebler fehlen würde. Und auch auf mehrere vom Dorf hatte er gerechnet, und wenn sie nur gekommen wären, um von dem Bier zu trinken, das er auf seine Kosten verabreichten ließ. Wenn er sie nur erst hier hatte, wollte er schon auf sie wirken. Was nicht so gewesen in den andern Orten auch? Gleichgültig waren sie erschienen, entbuschmiert hatten sie das Lokal verlassen. In der Kreisstadt und besonders gestern in Miasieczko war ihm geradezu ein Triumph zuteil geworden. Das Herz jammoll ihm, wenn er des gestrigen Abends gedachte. In der Wirtschaft des Proktonit hatte er eine schöne Stunde verlebt. Sie hatten „Bravo“ gerufen und in die Hände geflächelt.

Freilich, die Honoratioren hatte er demissen müssen: den Doktor Wolinski, den Apotheker, den Bürgermeister,

als 0,9 Prozent des Anleihebetrages. Eine besondere Vergünstigung ist bei der Vergabung dieser Anleihe den Besitzern von Kriegsanleihen zuteil geworden dadurch, daß die Hälfte der Einzahlung mit Kriegsanleihe zum Nennwert erfolgen soll. Wir haben diese Begünstigung nicht nur den Zeichnern, sondern auch den Besitzern gegeben, weil die Festigung des Kursstandes der Kriegsanleihen, welche auch den Zeichnern zuteil kommt, unsere stete Sorge bilden muß, so lange die Kriegsanleihen in solchem Maße auf den Rentenmarkt einfließen. Die günstige Wirkung auf den Kursstand der Kriegsanleihen, die bereits eingetreten ist kommt dem Vermögen des Einzelnen zugute und der aus diesem dem Staate zustießenden Einnahmequelle. Die Steuererleichterungen, zu welchen wir uns zugunsten der Anleihe entschlossen haben, werden zu einem gewissen Teil wieder ein gebracht.

Erinnerungen des unabhängigen Herrn Eichhorn.

Der Ruf des Dubendorff, Trepik und Gernin läßt Eichhorn, den ehemaligen Spartakus-Polizeipräsidenten von Berlin, nicht ruhen; auch er gibt jetzt seine „Erinnerungen“ heraus. Wichtig ist, daß sein Gedächtnis gerade bei den Punkten völlig verjagt, die der Aufstellung dringend bedürfen. Eine Tatsache verdient hervorgehoben zu werden. Eichhorn kann für sich den Ruf in Anzupf nehmen, der Erste gewesen zu sein, der von der Revolutionregierung die Anwendung der politischen Schutzhaft gefordert hat. Auf Seite 48 heißt es in einem Bericht Eichhorns über die Tätigkeit der Berliner Studenten mehr, die sich ohne Vorbehalt der Regierung zum Schutz gegen Spartakus zur Verfügung gestellt hatte, von Eichhorn aber deshalb bekämpft wurde:

„Ich bitte den Vollzugsausschuß bezu. die Reichsregierung, sofort zu der Frage der politischen Schutzhaft Stellung zu nehmen, denn unmitelbar kraftbare Handlungen sind den Genannten (einigen von ihm verhafteten Studenten) verfassungsmäßig nachzuzwecken, und würden sie dem Richter vorgeführt, wie es die Vorschrift bei einer sich auf die Strafprozessordnung stützenden Festnahme erfordert, dann würden sie wahrscheinlich sofort aus der Haft entlassen werden. ... Ich bitte deshalb um recht baldige Anweisung nach dieser Richtung.“

Die Agitatoren von der U.S.P. trafen vor Entrüstung wenn sie von der Schutzhaft sprachen. Geuchler sind es! Im Beispiel Eichhorns sieht man, daß sie die ersten sind, die sich verhängen, wenn sie irgendwo an die Macht gelangen und sich gefährdet glauben.

Spaltungen als „revolutionäres“ Prinzip.

Die Hamburger „kommunistische Arbeiterzeitung“ veröffentlicht an der Spitze des Blattes folgenden Aufruf:

Die kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) hat sich gespalten. Auf ihrem Parteitag hat die Zentrale dieser Partei die Delegierten mit Beschlüssen überfallen, die vorher den Organisationsrat zur Beschlußfassung nicht vorgelegen haben. Am Schluß dieser Parteitage befand sich der Vermerk, daß alle Genossen, die nicht auf dem Boden dieser Parteitage ständen, aus der Partei auszuscheiden hätten. 18 von den 43 Delegierten haben gegen diese Beschlüsse gestimmt, wurden deshalb als außerhalb der Partei stehend erklärt und aufgefordert, den Parteitag sofort zu verlassen.“

Der Aufruf nimmt dann zu diesem Vorgehen der Zentrale Stellung und weist am Ende darauf hin, daß sich die Widerheit sofort neu organisieren müsse.

Die Spaltung der linksradikalen geht weiter. Die „Freiheit“ veröffentlicht den Bericht über die Reichskonferenz der linksradikalen Jugend, die eine volle Woche in Weimar getagt hat. Dort hat die kommunistische Mehrheit nach heftigen rein politischen Debatten den vollen Anschluß an die R.P.D. — es wird nicht gesagt, an welche —, den schärfsten

den Postverwalter, den Steuerkontrollleur und so manche andere. Und Wasen, ähnelnd der Raie des Rbb Scheffel, waren reichlich vertreten gewesen. Aber in seinem Eifer hatte er des nicht sonderlich geachtet. Und als am Schluß Rbb Scheffel sich zu ihm herangedrückt und devot geflüstert hatte: „Haben sie mir zwar eingeschmissen 's Radenfenster und mir genommen heraus das Küllerviertel, die Speckseite und 's piffriner Gießlinge, hab' ich doch keine Angst gekriegt, bin ich doch gekommen, zu reichen dem Herrn Baron die Hand. Ein freiwiliger Mann, ein aufgklärter Mann, wer' ich ihm geben doch meine Stimme, hatte er keinen Etel empfunden, wie noch vor nicht allzu langer Zeit, sondern die Hand des jüdischen Schlächters gedrückt — war es doch eine Hand!“

Und hier, unter lauter deutschen Männern — fast alle Adione des Vaterlandes waren vertreten — sollte es da nicht ein Leidiges sein, Hingabe zu erweisen, Liebe, Eifer zur deutschen Sache?!

Dolechal vergaß, daß Peter Bräuer ihn durch sein Fehlen enttäuscht hatte, und so noch dieser und jener. Seine erst stösend begonnene Ansprache wurde flüchtig. Die Worte strömten ihm zu: Gedanken, an die er vorher nicht gedacht, Bergleise, Wiber drängten sich ihm förmlich auf. Er bemühte sich, vollständig zu sein, sich einem doch v. erbin beschiedenen Denkvermögen anzupassen. Das w. stens mußten sie doch verstehen — erlauben sie nicht u. h. am eigenen Leibe? — wenn er ihnen sagte, daß er ständen, einmal wie der Soldat auf der Wacht, ebe, gefährdet und auch ebenso verantwortlich. Und daß er sie auffordere, ihrem Deutschstum Ehre zu machen, deutsch zu wählen, regierungstreue, allen Machinationen von Polen und Klerus zum Trotz!

Es war ihm eine Wohlthat, einmal frei heraus sprechen zu können, ohne die Rücksichtnahme, die doch immerhin an anderen Orten, wo die Zubörerzahl eine gemächte, bedingt gewesen war. Hier waren ja lauter deutsche Männer, eine kleine Zahl zwar nur, aber tüchtige Pioniere. Pioniere des Deutschstums, Pioniere der Kultur. Und sie schorkten sich um ihn.

Er bemerkte nicht, daß im Hintergrunde einige Gestalten, die sich vorsichtig hinter den dreifen Rücken der Vordermänner gedeckt gehalten hatten, sich jetzt leise hinausstahlen.

(Fortsetzung folgt.)

Kampf gegen alle anderen Parteien einschließend der U.S.P. proklamiert und in seiner Forderung auch gleich diejenigen, die gegen diesen Antrag stimmten, als nicht mehr zur „Freien Sozialistischen Jugend“ gehörig erklärt. Die Herausgeber wollen nun eine neue „F.S.J.“ gründen, die unbedingt selbständig und von allen Parteien unabhängig sein will. Die U.S.P.-Jugend erntet nur, was sie selbst verbrochen hat. Da nun aber die U.S.P. selbst wieder gehalten ist, wird man wohl bald unter den Linksradikalen die neue Wissenschaft von den verschiedenen freien sozialistischen Tugenden aufkommen sehen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, dürfte ja auch der U.S.P.-Parteitag in Leipzig am 16. November uns jenes in eine herrliche Zukunft weisenden Liebes, das einmal auf andere Prinzipienreiter gemacht wurde und in dem es heißt:

Das Vaterland muß kleiner sein,
Das Vaterland — bin ich allein.

In einem Artikel der Wiener „Roten Fahne“ Nr. 133 vom 19. Oktober über den Bolschewismus in Norwegen von Dr. Jürgens lesen wir über den Führer Tranmael:

„Er, wie die übrigen Führer der Sozialisten, gebären nicht selbst der handarbeitenden Bevölkerung, sondern handelt sich um edle Literaten und Doktriniere. Im Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern, die durchweg selbst einmal das Handwerk geübt haben. Kein Wunder daher, daß die bolschewistischen Ideen bei den norwegischen Sozialisten mit Begeisterung aufgenommen wurden.“

Also: nicht Arbeiter, sondern Nichtarbeiter sind die richtigen Führer des Proletariats.

Die Krise in der demokratischen Partei Badens.

Zu den neuerlichen Vorgängen in der demokratischen Partei schreibt uns Gen. Landtagsabg. A. Weichmann: Neben den edlen haben nun auch noch die Abg. Göhring, König und Müller von der deutschen demokratischen Fraktion des badischen Landtags ihre Mandate niedergelegt. Durch die demokratische Presse erfahren wir, daß es die Stillnahme der Mehrheit der Fraktion zur Beschlusnahme für die badische Staatsangelegenheiten war, welche die genannten Abgeordneten veranlaßt hat, der Partei ihre Mandate zur Verfügung zu stellen. Schon bei den Beratungen im Haushaltsausschuß zeigte es sich, daß sich wegen der Beschlusnahme keine einheitliche Stellung der demokratischen Fraktion erzielen ließ. Abg. König von Mannheim trat gegen die Bewilligung auf und hat auch in einem Schreiben an seine Fraktion erklärt, daß er die Finanzpolitik, zu welcher sich diese auch jetzt wieder in der Kammer befaßt, nicht mitmachen könne. Es schien, als ob König in der Tat die Mehrheit der demokratischen Fraktion hinter sich habe, denn den Standpunkt der Mehrheit vertrat nur ein Mitglied der Fraktion. Im Laufe der weiteren Beratungen wurde dann aus dieser Mehrheit eine Mehrheit, die auch im Plenum für die Bewilligung der Beschlusnahme stimmte. Das war Sprengpulver für die demokratische Fraktion. Göhring und König ließen der Mittwoch-Sitzung des Landtags fern. Müller und Holtermann stimmten gegen die Beschlusnahme. Am nächsten Tage fand eine Fraktionsberatung statt und am Samstag früh wurde der Beschlus der Mandatniederlegung der Mitglieder Göhring, König und Müller bekannt gegeben.

Berühmter ist vor allem die Mandatniederlegung des Abg. Müller, welcher das dienstliche Mitglied des badischen Landtags ist, denn er gehörte diesem seit vollen 30 Jahren, seit 1889, ununterbrochen an; zuletzt bekleidete er das Amt des zweiten Vizepräsidenten. Oskar Müller verlor seine Mandate nicht nur in Baden die bürgerliche Demokratie. Er und Weichmann, sowie der verordnete Seimbürger waren ihre eigentlichen Repräsentanten. In den parlamentarischen Kämpfen stand Müller an erster Stelle; ein glänzender Redner, ein kenntnisreicher Mann, schied mit ihm aus dem badischen Landtag aus. In seiner Sturm- und Drangperiode trat er gegen die Nationalliberalen alten Regimes und sich später seine bewährten Kräfte dem badischen Großkapital, als dieser vom Zentrum auf das bestmögliche bekämpft wurde. Müller war immer ein besonderer Anwalt der politischen Freiheit und der fortschrittlichen Denkart auch in religiösen Bekämpfungswegen. Persönlich ein liebenswürdiger Mann, hatte er viele sachliche Gegner, aber keine persönlichen Feinde. Mit ihm verlor der badische Landtag eine seiner charakteristischsten Erscheinungen. In den Verhandlungen der letzten Monate zeigte er beständig seine Zielsetzung zur Schule nach der Zentrumspartei hin. Seine Gegnerschaft zur Beschlusnahme begründete er in der Sitzung des Haushaltsausschusses, die am Mittwoch noch kurz vor der Vollversammlung des Landtags stattfand, mit der Befürchtung, daß er sein Mandat niederlegen werde. Nun hat er seine Absicht wahr gemacht und scheidet endgültig aus dem politischen Leben Badens aus. Auch die Sozialdemokratie bedauert diese Abwendung der Dinge, denn Müller hat die Verteidigung der politischen und sozialen Ziele der Sozialdemokratie auf dem Landtag und bei anderen Gelegenheiten rühmlich verdient.

Der Freiburger Fabrikant Göhring gehörte dem Landtag seit 1909 an; er war ein guter Redner und beschäftigte sich vor allem in wirtschaftlichen Fragen. In der letzten Landtagsperiode vertraute man ihm mit der Stellvertretung des Vorsitzenden der Haushaltskommission, welcher bekanntlich zurzeit Abg. Marum (Soz.) ist. In seiner Fraktion handelte er auf dem rechten Flügel, ebenso wie der Mannheimer Rechtsanwalt König, der schon von 1909 bis 1913 Mitglied des Landtags war. Er war fast immer der Sprecher des Großkapitals und der Mannheimer Industriemagnaten; er ließ auch noch in dem oben erwähnten Briefe an seine Fraktion durchblicken, daß er scharfer Gegner der vor einigen Monaten im Landtag vorgenommenen Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer gewesen ist.

Mit dieser Bestimmung gelangt man zur eigentlichen politischen Wertung der gegenwärtigen Krise in der demokratischen Partei Badens. Die Zeit scheint gekommen, in welcher sich in dieser von so vielen heterogenen Elementen durchsetzten Partei die Geister scheiden müssen! Die Trennung wird sich vollziehen unter dem Auf: Die Demokratie, die Reaktionen! Ein Teil der heutigen Demokraten Badens, der früheren Nationalliberalen, ist reich zur Aufnahme in die deutschnationale Partei; der andere, hauptsächlich der größere Teil, muß sich für die wahre, die wirkliche Demokratie entscheiden. Mit den politischen Rezepten der König und Göhring, daß man soziale Forderungen der Staatsanwaltschaften abweisen muß, daß — nach Königs Belieben in seinem Abschiedsbrief — die Zeit der Nachsichtigkeit vorüber und die Zeit der Ablehnung gekommen sei, kann man einen Kranken Staat, wie das gegenwärtige Deutschland, nicht heilen. Die badischen Demokraten müssen sozial werden, soweit sie es

nicht sind. Es ist nicht anzunehmen, daß wirtschaftliche Forderungen, wie es die Staatsanwaltschaften auf Bewilligung einer Beschlusnahme waren, jedesmal eine politische Krise bei den Demokraten heraufbeschwören. Darunter leiden die vielen und schweren Aufgaben, welche die derzeitige Koalitionregierung auch in Baden zu erfüllen hat. Also: Scheidung der Geister, die nach rechts neigen, und Kräftigung der wirklichen Demokratie in den demokratischen Kreisen Badens — das scheint uns die notwendige Lehre aus dieser Krise der einmütigen Partei unseres engeren Heimatlandes zu sein. Die Sozialdemokratie steht dieser Krise nicht mit schäblich behelpter Schadenfreude gegenüber; sie hat aus vielerlei Ursachen heraus gar kein Interesse an einer tatsächlichen Schwächung der bürgerlichen Demokratie Badens. Um so lauter darf sie daher Anspruch erheben, daß ihr Ruf nach voller Kräftigung im demokratischen Lager und Ausgestaltung der reaktionären Elemente nicht ungehört verhallt.

Badische Politik.

Kaltes Reizen.

Er. Um Kohlen zu sparen, soll auch in diesem Winter das Reizen der Bäume möglichst eingeschränkt werden. So lange genügend Kohlen vorhanden sind, wird noch jetzt ab wozumöglich bis 31. März gehiegt, wenn die Außenwärme weniger als 8 Grad Celsius beträgt. Während vor dem Krieg in den Bäumen möglichst eine Wärme von 15 Grad erreicht werden sollte, muß jetzt darauf gehalten werden, daß eine Wärme von 12 Grad nicht überschritten wird. Der „Staatsanzeiger“ empfiehlt den Reisenden die Mitnahme von Decken, Winterhandschuhen und dergleichen, da bei der mangelhaften Beschaffenheit der Kohlen oft kaum der für die Beförderung des Juges erforderliche Dampf erzeugt werden kann. Im Interesse des Publikums wird auch auf Schonung des Kohlenlagers hingewiesen. Die Reisenden werden von diesen Belehrungen nicht entzückt sein.

Die nächste Sitzung des badischen Landtags findet am Donnerstag, 6. Nov., 14 Uhr, statt. Zur Tagesordnung steht: 1. Gekontrovers über die Vereinigung der Gemeinde Wehlungen mit der Stadtgemeinde Heilbronn; 2. Druckertrag für den Landtag 1919/20; 3. Änderung der Geschäftsordnung; 4. Anfragen über die Oberverordnung; 5. Antrag über Wehlungen; 6. Anfrage über den Schatz der Jugendlichen und Anfragen über die Mißstände im Lehrplangebiet.

Wieder vergessen. Vom Verband des Deutschen Verlehrspersonals wird uns geschrieben: So wenig die Beschäftigten der Verlehrsämter sich für die Staatsarbeiter und Beamten des Verlehrsamtes über die Stellungnahme der Haushaltskommission im Landtag, daß auch die Altpensionäre die Zulage in gleicher Weise erhalten sollen. Aber leider haben wir uns wieder einmal gründlich geirrt. Die inaktiven Arbeiter sind nach den von uns eingeholten Informationen wieder völlig übergegangen worden. Sie sind also nach wie vor wieder auf den Verteilungsweg angewiesen. Die Organisationsleitung hat sofort ein Geheiß an die maßgebenden Behörden gerichtet, worin verlangt wird, daß auch endlich einmal an die im Dienst ergrauten alten Anballen gedacht wird. Die große Not muß bei diesen Verlehrsämtern unter den Armen endlich einmal gemindert werden, wenn sie nicht geradezu langsam verhungern sollen.

Der Beamtenrat. Das Staatsministerium hat folgendes befohlen: Die Verordnung, den Gehalt des Beamtenrates herabzusetzen, vom 10. Juli 1909 wird in nachstehender Weise geändert: In die Stelle des § 18 tritt folgende Vorschrift: Für die Leistung des § 8 Abs. 2 des Beamtengesetzes vorerwähnten Gehalts ist, soweit nicht für bestimmte Fälle durch Gesetz oder Verordnung besondere Eidesformeln vorsehreiben sind, folgende Normen maßgebend: 1. Nach Schwere einer feierlichen Eid zu Gott, daß ich alle Pflichten des mir übertragenen Amtes den Gesetzen, Verordnungen und Dienstvorschriften entsprechend gewissenhaft wahrnehmen will. 2. Nach Schwere der Reichsverfassung und der Landesverfassung. Dies schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“ Auf Antrag des 31. Vereines sind gemäß Artikel 177 der Reichsverfassung die Worte „zu Gott“ und „dies schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“ wegzulassen.

Der Verkauf des badischen Obstes in Berlin hatte bekanntlich zu Verurteilungen Ursache gegeben. Da bekanntlich wurde, das Obst wurde in Berlin durch den Händler Bergerthal dem es die Badische Obstverwertungsgesellschaft lieferte, zu Wucherpreisen verkauft. Nun stellt der „Vormärts“ auf Grund der ihm vorgelegenen Verlege fest, daß die Einkaufspreise des Obstes im allgemeinen zwischen 35 und 60 Pf. die Verkaufspreise zwischen 45 und 60 Pf. je Zentner betragen. Obst, das infolge des „Ankündigungsvorbehalts“ von den Lieferanten nicht geliefert wurde, wurde zum Einkaufspreis von 35 Pf. zum Verkauf für 45 Pf. gebracht, was sowohl im kleineren Verhältnisse eintrifft, als auch nur in kleineren Verhältnissen eintrifft, sei dabei nicht berücksichtigt. Da infolge der Höhe große Mengen von Obst auf dem Bahntransport bedürftig seien, sei es ausgeschlossen, daß die Gewinne des Herrn Bergerthal auch nur einen größeren Teil der Erhebungen des Einkommens des Händlers im Vorwärts beitragen könnten. Ferner habe das Landesvolkswirtschaftsamt Berlin auf Grund einer Angabe den gesamten Geschäftsbetrieb des Verlehrsamt kontrolliert und festgestellt, daß die Geschäftsführung des Verlehrsamt durchaus einwandfrei sei.

Im Anschluß an diese Feststellungen, die durch die Untersuchung der badischen Obsterzeugung in Berlin bestätigt werden, weist die „Karlsruher Zeitung“ darauf hin, daß die durch die Anordnungen verursachte Verurteilung also durchaus grundlos war. Sie hat jedoch in erheblichem Maße dazu beigetragen, daß in die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Regelung des Großverlehrs mit Obst erhebliche Bedenken gesetzt und der Durchführung der Regelung große Schwierigkeiten bereitet wurden, die sich besonders hinsichtlich des Verlehrs mit Rohobst zeigten. Durch die mehrfachen Auslassungen über die Verlehrsamt mit Obst ist aber doch wohl Klarheit geschaffen, daß ohne die Regelung eine gleichmäßige Verlehrsamt der Bevölkerung überhaupt nicht möglich gewesen wäre.

Der Seitenhandel mit Kirchengeldern. Die evangel. Generalasynode befaßt sich u. a. auch mit der Verwendung der während des Krieges erfolgten Ablieferung der Kirchengeldern und beschloß, an die Reichsregierung die Fragen zu richten, wie viel zerfallenes Kirchengeldmaterial noch vorhanden ist, an wen und zu welchem Preis das seit November 1918 durch die Reichsstellen veräußerte Kirchengeldmaterial abzugeben worden ist und ob die Reichsregierung bereit sei, dafür Sorge zu tragen, daß den Gemeinden die Möglichkeit geboten werde, Kirchengeldmaterial zu angemessenen Preisen wieder zu erwerben. In der Aussprache über diesen Gegenstand wurde festgestellt, daß die Annahme keineswegs von der Hand zu weisen ist, daß ein Teil der Kirchengeldern in Schieberhände geraten ist.

Die evangel. Generalasynode befaßt sich in ihrer Sitzung vom Donnerstag zunächst mit dem Wucher. Von verschiedenen städt. Abgeordneten wurde auf die Not der Städte hinsichtlich

der Lebensmittelversorgung hingewiesen. Von ländlichen Abgeordneten wurde ausgeführt, das Land würde gerne helfen, aber die Landwirte seien durch viele unsinnige Verordnungen vertrieben. Die Generalasynode beschloß an die evang. Gemeinden eine Kundgebung zu richten, die sich gegen den Wucher geist wendet. Weiter beschloß die Generalasynode die Ausgestaltung des evang. Pressewesens und Errichtung einer evang. Pressestelle, deren Leitung hauptsächlich einem Geistlichen übertragen werden soll.

Aus der Partei.

Die Einigungsfrage und die Internationale.

Ueber die Einigungsfrage innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung schreibt unser holländisches Parteiorgan „Het Volk“:

„Für die Internationale würde der Zerfall der Sozialdemokratie Deutschlands nichts weniger als eine Katastrophe bedeuten, der überall ihren Kampf erschweren, ihre Spannkraft und das Vertrauen zu ihr brechen würde. Aber nicht nur die sozialistischen Parteien, auch die Völker Europas als Ganzes haben ein Interesse an einer starken, tragfähigen Sozialdemokratie in Deutschland, an einer Partei, die ihr Volk nicht zurückführt in die alten Bahnen der Junkerherrschaft, des Militarismus, der politischen Zurücksetzung, sondern in eine Zukunft der Demokratie, des erneuerten geläuterten Selbstvertrauens, in der der Revanchegedanke fremd und der internationale Gedanke vorherrschend ist. Die herrschenden Mächte in den reicheren Ländern haben dafür kein Verständnis. Sie überlassen sich der fast verbrecherischen Illusion, daß die Menschheit sich herausnehmen dürfe, ein Millionen-Volk dem Schicksal von Paris anheimfallen zu lassen. In den Arbeiterkreisen der Entente-Länder dagegen, so sehr auch die nationalstiftliche Leidenschaft noch nachwirkt, bricht die Erkenntnis durch, daß der Weltfrieden nur möglich ist durch brüderliches einander Helfen aller Kulturvölker, bei der Anerkennung gegenseitiger Gleichwertigkeit. Niemals war die Einheit mehr nötig, sagt Kautsky, nie weniger möglich. Wenn die deutsche Sozialdemokratie in sich selbst nicht mehr die Kraft zur Einheit finden kann, schmet der Augenblick für die Sozialisten außerhalb Deutschlands gekommen, ihre Hilfe anzubieten. Es handelt sich nicht um eine deutsche Frage allein, sondern um eine sozialistische, es handelt sich um eine europäische Frage. Die kulturelle Zukunft steht auf dem Spiele. Dies gibt den Parteien der Internationale das Recht und die Pflicht, sich an die deutschen Kameraden zu wenden und ihnen moralische Hilfe zu leisten. Der Augenblick scheint uns gekommen, in dem besonders die Parteien der neutralen Länder und das Bureau der Internationale sich die Frage vorlegen müssen, ob sie nicht einen wohlüberlegten, aber zugleich entschlossenen Versuch zu machen haben, um in Deutschland die Einheit der Sozialdemokratie wieder herzustellen.“

Gewerkschaftliches.

Einigung im christlichen Gewerkschaftslager.

Zwischen Vertretern des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften und des Verbandes der Katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, haben in den letzten Tagen Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Einigung geführt haben. Die gewerkschaftliche Zusammensetzung aller christlichen Arbeiter und Angestellten wird als gebieterische Notwendigkeit anerkannt. Eine Gewerkschaft, die für katholische Arbeiter geeignet sein soll, muß ihren Mitgliedern die Möglichkeit bieten, die gewerkschaftliche Tätigkeit auch vom Standpunkt der Religion und Moral zu beurteilen, zu beeinflussen und dementsprechend zu handeln. Insbesondere dürfen Mitglieder nicht benachteiligt werden, wenn sie auf Grund religiöser Verpflichtungen nach den allgemein maßgebenden kirchlichen Normen Gewerkschaftsmaßnahmen nicht zustimmen können. Gegen die gemeinsame Arbeitsleistung an sich ist vom Standpunkt der Moral nichts einzuwenden; sie kann aber durch Absicht, Umstände und Mittel vermerkt werden und eine Arbeitsleistung unter Anwendung ungerechter Gewalt ist zu vermeiden.

Ob das Ansehen der christlichen Gewerkschaften als Kampforaganisation durch diese von gelbem Arbeitervereinsgeist besetzten Einigungsbedingungen bei der denkenden Arbeiterchaft gestiegen ist, bezweifeln wir stark. Für uns kommt aber hauptsächlich ein Merkmal in Betracht, nämlich die Einigung auf jener Seite, während bei den freien Gewerkschaften die Gefahr der Zersplitterung seitens der U.S.P. und Kommunisten besteht. Vielleicht nehmen sich letztere an der Einigung der Christlichen ein Beispiel und geben ihr frivoles Spiel mit der Gegenwart und Zukunft der Arbeiterbewegung auf.

Das, 29. Okt. Am 27. Oktober fand im Gasthaus zum „Adler“ in Doss eine kombinierte Versammlung der freien Gewerkschaften statt, in der Koll. Richter-Baden-Baden Bericht erstattete über die in Offenburger getagte Gewerkschaftskonferenz. Die hierauf einleitende Diskussion bewegte sich im allgemeinen im Sinne des Referats, es wurde von den Rednern darauf hingewiesen, die Beschlüsse der Offenburger Konferenz in die Tat umzusetzen. Das könne aber nur geschehen durch die Mitarbeit aller.

Einen weiteren Bericht erstattete Kollege Richter über Lebensmittel und Brennstoffe. In der Diskussion spielte die Kartoffelablieferung eine große Rolle. Die allerersten so finden es auch im Kommunalbezirk Baden die Kartoffelverleger nicht für nötig, ihre abzugebenden Mengen um den Höchstpreis abzuliefern. Es wurde sogar in allerhöchster Mäßigkeit von hier beobachtet, wie Kartoffeln auf dem Felde begraben und dann mit Winterfrucht überfüt werden. Leider gibt es noch Arbeiter, die dieses Verbrechen unterstützen. Die Brennstoffangelegenheit bewegte sich ebenfalls in einer sehr anregenden Debatte und wurde den beiden anwesenden Gemeinderäten der Auftrag erteilt, im Gemeinderat dafür zu sorgen, daß der schon lange versprochene Holzschlag sobald wie möglich in Angriff genommen wird und das Holz zur Verteilung kommen möge.

Jugend und Sport.

Stiftungsfest der Freien Turnerschaft Gillingen.

o. Mit Holz und Genußung kann die Freie Turnerschaft Gillingen auf das am Sonntag, 19. Oktober, abgehaltene 14-jährige Stiftungsfest zurückblicken. Um 4 Uhr konnte bei dicht besetzten Festsaal mit dem reichhaltig aufgestellten Programm bequemen werden. Nach einem Chor der Arbeiter-Gesangsvereine „Eintracht“, der auch immer dabei ist, wenn es gilt, die proletarischen Veranstaltungen zu verschönern, ergriff Gen. Stöcker das Wort zu einer Ansprache. In schlichten und eindringlichen Worten schilderte er die Gründung und den Lebensweg, den die Freie Turnerschaft beschreiten mußte, um sich zu behaupten. Trotz alledem ist sie groß geworden. Der unglückselige Krieg hat auch in der hiesigen Freien Turnerschaft schwere Wunden geschlagen. 15 Turngenossen ruhen in fremder Erde, noch weitere 4 Genossen schmachten in Gefangenschaft und harren der glücklichen Heimkehr. Mit einem Rührruf an die Arbeiterkassen, die Jugend dem freien Sport zuzuführen und mit dem Dichtermot: „Die Köpfe hoch, und laßt die Herzen flammen“, schloß Turngenosse Stöcker seine Ansprache.

Nun traten die Turner auf den Plan. Die Morgen-Vorübungen bestehend aus Freübungen der Schüler, Handübungen der Jüglinge, Freübungen der Damenabteilung, Rudstabsübungen und Schweizer Freübungen der Turner fanden auf der Höhe der Tüchtigkeit und gaben Zeugnis guter Schulung. Das Parrenturnen der Jüglinge und Damenabteilung war recht interessant und fand den lebhaften Beifall des Publikums. Die Stabübungen der Schüler boten einen heiteren Anblick und wurden des öfteren mit Beifall unterbrochen. Auch im Pferdeturnen wurde nur Nüchternes geübt. Die allgemeine Vortragsaufführung war ein prächtiger Anblick. Den Schluß der Aufführungen bildete ein Kostümrevue und die Lausmusik traten ständig in Tätigkeit. Den musikalischen Teil hatte der Musikverein „Harmonie“ übernommen. Es waren wirklich genussreiche Stunden dem Publikum geboten. — Mögen sich nun auch die fernstehenden Arbeiter die Worte des Festredners beherzigen und ihre Arbeiterpflicht erfüllen. — Ein Ball bildete den Schlußakt dieser Feier.

Soziale Rundschau.

Ein vergessener Stand.
Man schreibt uns: Es dürfte die Öffentlichkeit interessieren zu erfahren, in welcher wahrhaft „fürsichtiger“ Weise der Bad. Landesauschuss, Abteilung für Kleinkinderfürsorge, des Bad. Frauenvereins in Karlsruhe seine von ihm angestellten Fürsorgefachweiserin bezahlet. So erhält eine Säuglingsfürsorgefachweiserin nach jahrelanger Vorbereitung und mehrfachen Prüfungen und wehrhaften Dienstjahren, die sich nebenbei noch der Tuberkulose-, Wohnungs- und sonstiger Fürsorge widmet, als Jahresgehalt die für die heutige Zeit besonders hochpreisende Summe von sage und schreibe 2400 M. Dienstwohnung, Dienstkleidung hat sie natürlich nicht zu beantragen, muß aber wegen der bei ihr privatum rufenden Mütter anständig wohnen und ist amtlich verpflichtet, eine vorgeschriebene Dienstkleidung zu tragen. Von dem horrenden Jahresgehalt darf sie bei den gekürzten Monats-, Kleider- und Lebensmittelpreisen aus eigener Tasche alles zulegen, wohnen, sich kühlen, beschüttern — und wie viel Schweiß nebst bei dem hundertfachen auf dem Marsche sein drauf — bekämpfen, darf aus eigener Tasche für Bekleidung und Heizung sorgen. Dafür gehört sie auch keiner Krankenkasse an; wenn sie in ihrem schweren Berufe und durch ihn erkrankt, darf sie Arzt und Apotheker selber bezahlen, Krankenkasse erhält sie keines, allerdings läuft ihr Gehalt eine kurze Zeit weiter, Pensionsansprüche bestehen keine, auf Alters- oder Invalidenrente hat sie ebenfalls keinen Anspruch, nur der Angestelltenversicherung gehört sie an. Derartige Verträge, wie sie zwischen Landesauschuss und Fürsorgefachweiserin bestehen, überleben heute den guten Sitten und bedürfen schleunigst einer Revision.

Kennt die Öffentlichkeit das Tagewort einer solchen vielgeplagten, schwerarbeitenden Fürsorgefachweiserin? Täglich 30 bis 40 Haushaltungen, kümmerlich noch mehr, treppauf treppab, dann die Märkte über Land, bei Wind und Wetter in oft 10—12 Cirkulationen, die abwechslungsreich besucht werden müssen, eine tägliche Minimalarbeitszeit von 10, 11, 12 Stunden. Dazu kommen als weitere Belastung die Abhaltung öffentlicher, von Frauen mit Kindern starkbesuchter, Ionen-Veranstaltungen in den einzelnen Cirkulationen, abends nach heimlicher Abführung, Abfassung der Berichte, Gesuche, Anträge zc. an Ämter, Behörden, Kommittees in ihrem auf eigene Kosten zu bezahlenden oder aus Brennstoffmangel und abotener Sparsamkeit (wegen der schlechten Entlohnung) unbesetzten Zimmer, ohne Schreibhilfe, ohne Büroverbum. Ist es da verwunderlich, wenn eine solche Überarbeitete, überlastete, übersehene Schmeißer, die vielleicht, wie wir es von verschiedenen Fällen genau wissen, aus reinem Überdruß und aus Liebe zum Volke diesem Berufe sich gewidmet, vorzeitig körperlich und seelisch erkrankt, ist es da verwunderlich, wenn nur die Töchter Possender diesem heute so hochverehrten sozialen Berufe sich zuwenden können, während er sich doch besonders auch der Tochter des Volkes, die aus Einem dem des Volkes Not und Not und Gend lennt, erschließen sollte. Aber wie kann diese, der private Mittel nicht zur Verfügung haben und die aus eigener Tasche nicht ein Geldstück besorgen kann, diesem nützlichen, idealen Frauenberufe sich zuwenden bei solcher miserablen Entlohnung. Ein Dina der Unmöglichkeit, „Nebenberwerb“ erlangt werden könnte? Oder soll diese Arbeit eine halb ehrenamtliche bleiben? Das wäre bei der Wichtigkeit dieses Zweiges sozialer Fürsorge ein Verstoß gegen seine Bedeutung.

Bei der Feier des 60jährigen Jubiläums des Badischen Frauenvereins wurden unlangst wieder viele hohe Löhne angesprochen, man bestaunt wohl auch im Jahresbericht, wenn der Tod unter diesen Schwelgern Opfer forderte, den Verlust des

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Ein Fuhs-Bege.
Zu der von den Heideberger Doktoren Stahl und Goshmidt inszenierten Komödie, in der die beiden allmächtig die Rolle des ersten bzw. zweiten Komikers mit mehr oder minder großem Geschick übernommen haben, erhalten wir von unserem Lübecker Parteigenossen Senator Paul Löwig einen von ihm verfassten Artikel aus dem „Lübecker Volksboten“ zugeandt, den wir, leider durch Raumangel gezwungen, nur gekürzt zum Abdruck bringen können. Aus dem beigelegten Belegschreiben des Genossen Löwig, der als Staatsmitglied Vorsitzender der Theaterbehörde in Lübeck ist, seien folgende Sätze der Öffentlichkeit zugeführt: „Stanislaus Fuhs war eine ganze Reihe von Jahren in Lübeck als darstellender Künstler, Oberregisseur und Direktor mit großem Erfolg tätig und ist ein ... liebenswürdiger und sozial denkender Mensch ... Es ist eine Schande, wie man einem ersten, bedeutenden Künstler seine Arbeit unmöglich machen will ...“

Der Artikel trägt die Überschrift: „Eine Fuhs-Bege. Wir geben nachstehend das wesentliche wieder. Die maßgebenden Instanzen bestimmen aus der Fülle der Bewerber Herrn Stanislaus Fuhs als den Würdigen und Geeigneten für diesen verantwortungsvollen Posten. Daß man damit keinen Beschluß gefaßt hat, wissen alle, welche das Wirken von Stanislaus Fuhs aus nächster Nähe zu beobachten Gelegenheit hatten. An den langen Jahren seiner Lübecker Tätigkeit, zuerst als Darsteller und Oberregisseur des Schauspielers, dann als Leiter der städtischen Bühne, hat er sich dauernde, unvergängliche Verdienste um die dramatische Kunst erworben.

Abgesehen von den Einwendungen gegen das Wählerjahren bei der Kandidatenwahl, richten sich die Angriffe vor allem gegen die künstlerische Persönlichkeit des Herrn Fuhs, von dem gesagt wird, daß er viele Jahre lediglich als Komiker und Regisseur der Fosse gewirkt hätte und einen in einem mittleren Geschäftstheaterbetriebe großgeordneten Mann wie Herrn Fuhs, heißt es am Schluß des Protestes, „erwidern wir auch im Falle gewisser geschäftlicher und organisatorischer Befähigungen an sich als ungeeignet zur Führung eines ersten künstlerischen Staatsanstalt, der, neben vielen anderen, die Namen eines Edward Devrient und Felix Weill Glanz verleihen haben.“ Es ist gewiß nicht die Aufgabe des „Lübecker Volksboten“, sich in einen Streit unter Theaterleuten einzumischen. Wenn aber futterneliche Intriganten einmütig ausgezeichneten Künst-

lieben und wertvollen Mitwirkenden“, alles schön und gut, aber man late in der Rückschau besser, wenn man neben der pflichtschuldigen Anerkennung diesen schlechten Löhnen und Verträgen des Landesauschusses einmal liebevolle Aufmerksamkeit schenken, sie getreuer gefaßt und die hohen Löhne nach der Richtung einer besseren Bezahlung der armen geplagten Fürsorgefachweiserin melodischer und wohlklingender machen würde.

Gemeindepolitik.

* Heilbronn, 31. Okt. Die Umlagen müssen hier auf 30 Pfennig, der Einkommensteuerfuß auf das Dreifache erhöht werden.
* Mannheim, 1. Nov. Der Stadtrat hatte am 18. September beschlossen, in 14 Holzbaroden bei der Grenaderstraße 68 Mietwohnungen mit einem Kostenaufwande von 1 Million Mark zu errichten. Anstelle dieser Baroden sollen jetzt auf dem gleichen Gelände maßive Bauten mit 171 Kleinwohnungen und einem Kostenaufwande von 4 700 000 Mark errichtet werden.
* Mannheim, 1. Nov. Am 15. Mai hatte der Stadtrat dem Ministerium des Kultus und Unterrichts eine Vorstellung vorgelegt, wegen der von der Regierung beabsichtigten Forderung von Staatsmitteln für das Landestheater in Karlsruhe und um gleiche Behandlung des Nationaltheaters in Mannheim gebeten. Das Ministerium hat erklärt, daß der Wunsch der Stadt Mannheim bei Aufstellung des Haushaltsbudgets nicht berücksichtigt werden können und daß die Finanzlage des Staates die Regierung davon hindere, im ordentlichen Budget für die nächste Zeit eine neue Last für den Staat vorzulegen.

Die Wiesbadener Stadterordneten wählten. Die Stadterordneten wählten in Wiesbaden brachten den türkerischen Parteien 30 Sitze. Das Zentrum, das seinen feindlichen Verhalten gegenüber und wegen seines Kampfes gegen die Sperrfrist allein stand, bekam acht Sitze, die Sozialdemokraten, die bisher fünf Vertreter im Rathaus hatten, erhielten 17, die Unabhängigen vier und die ganz radikalen drei Mandate. Die Wahlbeteiligung betrug, laut „Frankf. Ztg.“, 63 Prozent. In dem Vorort Dohheim wurden gewählt: acht Unabhängige, fünf Mehrheitssozialisten und fünf Bürgerliche; in Sonnenberg: acht Mehrheitssozialisten und zehn Bürgerliche.

Kleine Nachrichten.

Berlin, laut „Berl. Volksanzeiger“ hat sich der Zustand des Kgl. Haars im Laufe des Sonntages etwas gebessert.
Soblen, aus Koblenz wird berichtet: Unter dem Eindruck des energischen Eingreifens der amerikanischen Behörden, die gegenüber dem Schieber- und Wucherum mehr Entschlossenheit beweisen, als die hiesige Verwaltung, hat eine flüchtige Abreise der die hiesigen Hotels und Kaffeehäuser bedrückenden Schieber eingeleitet. Bei der Abfuhr der Schieber waren auch Berliner Kriminalpolizisten beteiligt. In dem Lager eines einzigen der Verhafteten wurden allein für etwa 5 Millionen Mark verbotene Waren, zumeist Schokolade und Zigaretten beschlagnahmt.

Berlin. Wegen der völligen Einstellung des Personenverkehrs erhebt laut „Tägliche Rundschau“ Sachien Einspruch. Die launhaftesten Angelegenheiten in Industrie, Handel und Verkehr beschlossen heute, in den Ausnahmestunden zu treten.
Magdeburg. In Magdeburg sprach gestern Reichsjustizminister Schiffer vor seinen Wählern über die demokratischen Aufgaben der Regierung und ging davon aus, daß die Demokraten keinen Anseh hätten, den 9. November festlich zu begehen. Die Sozialdemokraten hätten die Leitung nicht übernehmen können, wenn sie ihnen nicht Offiziere und Beamten zur Verfügung gestellt hätten. Der Wiedereintritt der Demokraten in die Koalitionsregierung erfolgte zum Schutze der Reichsverfassung gegen rechts und links.

London, Reuters. In der Nacht zum 1. Nov. griff eine Schar Bewaffneter, die in einem Automobil herbeigeleitet waren, die Polizeistation von Lis nullin in der Grafschaft North an. Ein der Beamten, welche die Station verteidigten, wurde getötet. Auch die Polizeistation von North wurde in derselben Nacht überfallen, wobei ebenfalls ein Polizeibeamter erschossen wurde.
Nachen. Der Streik der Metallarbeiter, Verputzer und Eisenbahner der 4. Zone wurde aufgrund von Unterhandlungen der Verhandlungsbehörde mit den Arbeiterdelegierten beigelegt.

ler, dem unsere Bevölkerung viele edle Genüsse verdankt, gewissermaßen als Schmierensoldatanten hinstellen und ihm dadurch seine fernere Laufbahn untergraben wollen, dann haben diejenigen die Pflicht zu sprechen, die Unrecht, was es sich auch zeigt, verabscheuen. Fuhs ist sicherlich ein Darsteller komischer Charaktere, aber einer, wie man ihn selbst an den größten Bühnen selten findet. Durch seine große Kunst wurden Molieres und Shakespeares Gestalten (Was ist das bei den Heideberger Herren?) zu lebendigen Menschen, über deren Schwächen man lächelt, aber die auch eines gewissen tragischen Zuges nicht entbehren. Wer das weiß und Fuhs dann doch lediglich als „Komiker“ bezeichnet, belästigt nicht nur die Kunst, sondern eine bessere Lebenszeugung fördert; und wer Fuhs nicht kennt und ihn doch in der gelungeneren Art herabsetzt, der hat auch keinen Anspruch auf eine andere Bemerkung. — Die Realleistungen Fuhs liegen auf allen Gebieten. Sie erstrecken sich auf das Drama und die Oper und lassen auch der Operette zu Gute kommen. Regisseur der Fosse konnte er nur in ganz seltenen Fällen sein, weil die Fosse zu den Ausnahmeseinungen an der Lübecker Bühne gehört. (1) Die Bezeichnung des Lübecker Stadttheaters als mittlerer Geschäftstheaterbetrieb ist ebenso unrichtig wie geschmacklos. Die Stadt Lübeck offeriert alljährlich sehr ansehnliche Zuschüsse. Sie tut dies, weil sie ihr Theater als Kunst- und Bildungsstätte geleitet sehen will. Ungern hat man f. St. Herrn Fuhs von dieser Leitung zurücktreten sehen. — Dessen Lübecker Direktionsfähigkeit wurde durch den langen Krieg sehr wesentlich erschwert. Dennoch gelang es ihm, die Aufführung auf achtunggebietender Höhe zu halten und einen Spielplan durchzuführen, der denen anderer erster Bühnen nicht nachstand.

Am Theater gehören Intriguen aller Art zu den alltäglichen Erscheinungen. Sie haben aber auch schon mancherlei üble Folgen gehabt. In dem vorliegenden Falle ist verurteilt worden, einen Mann, der die Befähigung und den Willen hat, erste Theaterkulturarbeit zu leisten, daran unter Anwendung der schäblichsten Mittel zu hindern. Besonders bedenklich muß es aber, wie schon vorher gesagt, stimmen, daß angeliche Förderer der Theaterkultur die Treiber dabei sind.“

Bern. In schweizerischen Handelskreisen wird darauf hingewiesen, daß viele schweizerische Exporteure, die Waren nach Rumänien, Serbien, der Türkei, Jugoslawien und Bosnien geandt haben für ihre Lieferungen weder Geld noch Waren an Zahlungsstatt erhielten. Die schweizerischen Verluste und Ausstände werden hier auf 30 Millionen Franken geschätzt.

Braunschweig. Wie das Sekretariat des hiesigen Gastwirtsverbandes mitteilt, haben die hiesigen Hoteliers, Gastwirts-, Schankwirte, Kaffeehäuser und Konditoreibetriebe beschlossen, am 1. Nov. ihren sämtlichen Angehörigen zum 1. Dezember zu kündigen und ihren Betrieb als Protest gegen die Genährungslosigkeit der Landesregierung zu schließen.

Dohheim. Die Straßenbahnangelegenheiten sind wegen Einstellung von Mitgliedern des Arbeiterausschusses in Ausnahmestunden getreten.
Essen. Die Straßenbahnangelegenheiten sind in Ausnahmestunden getreten, weil die Forderung einer Beschäftigungsbeihilfe nicht bewilligt worden ist.

An unsere Abonnenten!

Durch die Einstellung des Personenzugverkehrs am 5. November werden in der Zustellung des „Volksfreund“ ganz erhebliche Verzögerungen eintreten. Sicher werden in der Regel unsere Abonnenten nicht mehr an allen Orten am Tage der Ausgabe bedient werden können. Wir bitten, auch über die Zeit der allgemeinen Verkehrsstörung hinaus, dem „Volksfreund“ die Treue zu halten. Je ernster und schwieriger die Situation, umso fester und treuer müssen sich alle Klassenbewußten Arbeiter zusammenhängen.

Redaktion und Verlag des „Volksfreund“.

Unsere Filialinhaber eruchen wir, während der Zeit des Ausfalls der Personenzüge — zunächst von Mittwoch, den 5. d. M., bis 15. d. M. —, sich bei ihren Post- oder Bahnbehörden wegen der Abholung unserer Zeitungsabdrücke zu erkundigen. Bei der großen Zahl der Filialen ist das von hier aus nicht möglich. Kost- und Bahnabdrücken sind zweifellos bemüht, auch während dieser schwierigen Verhältnisse die Zeitungsabholung in erträglicher Weise durchzuführen. Weiteres hierüber hoffen wir morgen mitteilen zu können.

Verlag des „Volksfreund“.

Aus der Stadt.

* Anstaltsruhe, 8. November.
Novembertag.
Die Kinder spielen, Rebel geistert grau.
Die Häuser sind von Schleiern leicht umhungen.
Aus einem Torweg kommt eine alte Frau,
Den Heftelkorb am hagen Arm, gegangen.
Der müde Tag verfliehet in Dämmerung,
Trotzlos die Welt und trotzlos alles Leben!
Und waren beide einst doch hoffnungsjung
Und hatten viel zu wünschen und zu geben!
Der Rebel steigt. Die harte Not geht um.
Das fahle Sonnenblinzeln ist verblühen.
Die alte Frau schließt durch die Gasse stumm.
Die Kinderstube ist still ins Haus geschlichen. ...

Gedächtnisfeier.

Die Gedächtnisfeier zu Ehren der Gefallenen und sonstigen Kriegsoffer der Stadt Karlsruhe, die am geistigen Sonntag auf dem Friedhofe stattfand, verlief in einer des großen Gegenstandes würdigen Weise. Durch den herrlichen Friedhof bewegte sich ein endloser Zug unter den Klängen der Kapelle der Freim. Feuerwehr in der Richtung nach dem Kriegsfeld, die Zugehörigen der einzelnen Waffengattungen, die Vereine, Verbände und Wirtshausgruppen, sowie eine große Zahl Leidtragender. Die Vereinigungen umfamen die eine Seite des Kriegsfeldes, in dessen Mitte die Regierung mit dem Staatspräsidenten Geiß, der Kommand. General mit den Offizieren, der Staatsrat usw. Aufstellung nahmen. Zur Eröffnung der Feier ließ die Kapelle den Choral „Jesus, meine Zuversicht“ in eindringlichster Weise erklingen. Dann folgte die Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Finter. Mit weitigst vornehmlicher Stimme gebachte er in ergreifenden Worten des Alterslebens ganz besonders zuzuhören. Tausend von ihnen haben in der Heideuntere ihre letzte Ruhestätte gefunden, während viele andere in fremder Erde schlummern. Daneben liegen hunderttausend ruhmreicher Opfer, die die feindlichen Luftangriffe auf unsere Stadt geordert haben. Ihnen allen gilt unser Gedanke nach seiner Ansprache legte der Oberbürgermeister im Namen des Stadtrats und der Stadt ein Gebinde blühender Rosen vor dem Ehrenkreuze nieder. Hierauf intonierte ein Pfarrer das Grabsied „Wie sie so sanft ruhn.“ Daran schloß sich die Gedächtnisrede des Obersten Kuenger. Seine Worte galten der Aufopferung und Hingabe derer, die für eine große und ehrenvolle Sache ein Leben voller Hoffnung und Freudigkeit in Heidenland gelassen haben. Er betonte in markigen Worten jenen Geist der Hingabe, wie ihn jene in sich trugen, die für ihr Vaterland gefallen sind, und der bei ihnen ausgegarrt hatte, bis das Unwiderstehliche über uns hereingebrochen war. Dieser Geist der Aufopferung für die Allgemeinheit muß in dieser schweren Zeit des Darniederliegens wieder bei uns eingehen; mit diesem Versprechen wollen wir an diesem Tage von den Gräbern der Helden scheiden, deren Taten noch nicht gehend gewürdigt, aber mit ehernen Lettern in das Buch der Geschichte eingegraben sind. Auch der feindlichen Soldaten gedachte der Redner, von denen viele in unserer Erde ruhen. — Dem anschließenden Klavierstück „Es ist bestimmt in Gottes Rat“ folgten die Kranzniederlegungen und mit einem Choral und Niederlegung von Kranzpenden des Kommand. Generals im Namen des Stadts und der Reichswehr schloß die Feier. Dann setzte sich wieder unter den feierlichen Klängen der Musiktafel der große Zug in Bewegung. Wie ein uniges Leben und wie ein Gebet zugleich erklang die Weise zu dem grauen Herbsthimmel empor: „Ja hatt' einen Kameraden ...“

Die Kraftstromperre in Karlsruhe.

Die Kraftstromperre, die zu unserem besonderen Leidwesen, letzter Tage eintrat, hat tiefstehende Wirkungen. Von Samstag ab wurde der Straßenbahnbetrieb vollständig eingestellt; ein gewaltiger Einnahmeausfall wird die Folge sein. Die Zeitungen können nur einmal erscheinen; die Industrie erhält nur ein vier Tagen der Woche Strom. Kinns werden ganz ge-

Wichtig für jede Hausfrau!

Die eiserne Waschfrau

die kleinste und billigste Waschmaschine der Welt, Preis nur 16 Mark, wird heute Montag, den 3. und Dienstag, den 4. November, nachmittags 1/4 Uhr und abends 1/6 Uhr im Saale „Alte Brauerei Kammerer“, Waldhornstr. 23, nochmals praktisch vorgeführt. Eintritt frei. Kein Kaufzwang. Schmutzige Wäsche bitte mitzubringen. 7878

Herrn. Brede, Magdeburg, Lüneburgerstraße Nr. 5.

Soziald. Verein Karlsruhe.

Am Mittwoch, den 5. November d. J., abends 7 Uhr, im „Schrempf'schen Bierkeller“, Seelersheimer Allee 15 7879

Bezirks-Versammlung.

Tagesordnung:
Vortrag: Meine Erlebnisse in Rumänien während des Weltkrieges.
 Referent: Genosse Otto Beck, Eisenbahnreferent.
 Wir bitten um vollständiges Erscheinen der Mitglieder.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

— Büro: Sebelstr. Nr. 11, II. Fernruf 1385. —

Montag, den 3. November, abends 7 Uhr, im Saal in der Brauerei Schrempf, Saal III (Colosseum), Waldstraße Nr. 16/18, eine

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
 1. Gesamtsitzung der Versammlung vom 3. Quartal.
 2. Bericht von der Städtischen Ernt in Berlin.
 3. Vortrag über: „Wirtschaftliche Streitfragen.“
 4. Ergänzungswahl in die Ortsverwaltung.
 Wir erlauben um zahlreiches Besuch und bitten unsere Mitglieder, die Berufskollegen auf die Versammlung aufmerksam zu machen. 7874

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Hausangestellten Deutschlands Ortsgruppe Karlsruhe.

Dienstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, im Saal der „Goldenen Krone“, Ecke Amalien- u. Douglasstr.

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
 Die Bezahlung der Hausangestellten und die heutigen Verhältnisse.
 Dienstboten, Papp-, Wäsch- und Monatsfrauen scheint zahlreich. Die Ortsverwaltung.

Handschrift-Kurse

Honorar 20 Mk. Montag, 3. Nov. Garantie für jede Hand. Erfolge bekannt.
F. Buck, Spezialist für Karlsruhe
 Verbesserung d. Schrift Lessingstr. 78

Badisches Landestheater.

Montag, den 3. November 1919. 7881
Die drei Zwillinge.
 Schwanke in drei Akten von Toni Impekoven und Karl Mathern.
 Anfang 7 Uhr. (Kl. Pr.) Ende 9 1/4 Uhr.

Jüngere Mädchen

finden leichte Beschäftigung

F. Wolff & Sohn

G. m. b. H.

— Abteilung Kartounage. —

7885

Rechtsanwaltsstelle d. Gewerkschaftskart.
 Die Sprechstunden der Rechtsanwaltsstelle finden jeden Mittwoch nachmittag von 4—6 Uhr im „Anker“ statt.

Vergrößerungen
 in erstklassiger Ausführung, auch nach schlechten Vorlagen, liefert Ihnen
Samson & Co.
 Atelier für moderne Photographie.
 Kaiserpassage 7 Ruf 547.
 Aufnahmen jeder Art in nur bester Ausführung.

Ansiedelungsmöglichkeiten

bieten sich für

Kriegsbeschäftigte
**** Bauern ****
Gewerbetreibende
Land-, Industrie-
Arbeiter usw. usw.

durch die

Badische Siedlungs- und Landbank G.m.b.H.
 Fernsprecher 5091 **Karlsruhe** Kriegstrasse 184
 Gemeinnütziges vom Staate, landw. Körperschaften, Städten und Kreisen begründetes Siedlungsunternehmen.
Siedlungsbewerber meldet sich sofort!

Warme Winter-Mäntel

aus flauschartigen Stoffen für Damen und junge Mädchen, neueste Formen in gediegener Ausführung

128.- 195.- 285.- 390.-

Elegante Flausch-, Samt- u. Plüsch-Mäntel

in größter Auswahl, fesche Formen, gute Verarbeitung und Qualitäten.

Westen aus Woll- u. Cordstoff 133.- 163.- | Blusen aus warmen Winterstoffen 875 43.-

HERMANN TIETZ

Zigarren- oder Rauchtabal-Contingent
 zu kaufen gesucht. Gebilligte Angebote unter Nr. 7883 an das Volksfreundbüro.

Neu eingelaufen

Herren-Anzug-Stoffe!

Neu eingelaufen in einfacheren u. besten Qualitäten. Preisverhältnisse lohnen. Große Auswahl. Billige Preise. Kein Laden.

Evertz & Co.
 Albrechtstr. 38, 1 Tr.

Neu eingelaufen

Frauenhaare

aus Ost- u. Westindien. Preisverhältnisse lohnen. Große Auswahl. Billige Preise. Kein Laden.

Evertz & Co.
 Albrechtstr. 38, 1 Tr.

„D'Latern“
 das neue Monatsblatt für Dialekt-Gemur ist erschienen. Preis 30 Pfg. Volksbuchhandlung „D'Latern“ Nr. 14.

Dankfagung.

Für die uns anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Gatten und Vaters

Josef Adam

Ergebene Anteilnahme haben wir besonders dem Beerdigungsausschuss für den erhabenen Gatten und für die Kraneniederlegung im Beerdigungshaus des Siedlungsvereins, sowie dem Beerdigungsausschuss der Siedlungsvereine, der Krankenpflege sowie den Beamten und Bediensteten der Siedlungsvereine herzlich dankend.

7889

Frau Franziska Adam
 nebst Kindern.

Gasabgabe.

Infolge Kohlenmangels wird bis auf weiteres Gas nur abends vom Eintritt der Dunkelheit bis 9 Uhr abgegeben.

7890

Karlsruhe, 3. November 1919.
 Städt. Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerk.

Elektrizitäts-Gesellschaft m. b. H.
Untergrombach. 7891

Ausführung elektrischer Licht- und Kraft-Anlagen
 Lager sämtlicher Bedarfs-Artikel
 Fachmännische Auskunft kostenlos.

W. raen beirnt Ziehung!

Formen: **Wamben-Geldlose** 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Kaffee-Ringen
 (Gefüllte), werden haarklein gefüllt, 15 Pfg. Kaffee-Ring, 24. Laden.

Wir heuern alles
 für 2-5 Jahre bis 1. 3. bez. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Vergrößerungen
 in erstklassiger Ausführung, auch nach schlechten Vorlagen, liefert Ihnen
Samson & Co.
 Atelier für moderne Photographie.
 Kaiserpassage 7 Ruf 547.
 Aufnahmen jeder Art in nur bester Ausführung.